GEGEN DAS VERGESSEN – *AUS* DER GESCHICHTE LERNEN

BEGLEITVERANSTALTUNG ZUM GEDENKEN AN DIE OPFER VON PATIENT:INNENMORDE UND ZWANGSSTERILISATIONEN ZUR ZEIT DES NATIONALSOZIALISMUS

6. SEPTEMBER 2024 // AB 14:00 UHR

DOKUMENTATIONSZENTRUM TOPOGRAPHIE DES TERRORS
NIEDERKIRCHNERSTRASSE 8
10963 BERLIN

VERANSTALTET VON DEN VERBÄNDEN DES **KONTAKTGESPRÄCHS PSYCHIATRIE**

Die Verbände des Kontaktgesprächs Psychiatrie gedenken seit 2009 am ersten Septemberwochenende mit einer Informationsveranstaltung unter der Überschrift **„Gegen das Vergessen – Aus der Geschichte lernen“** der Opfer der Patient:innenmorde und Zwangssterilisationen zur Zeit des Nationalsozialismus.

In diesem Jahr möchten wir den Opfern und ihren Angehörigen/Zugehörigen eine Stimme und ein Gesicht geben. Ruth Fricke, ohne deren Engagement der „Euthanasie“-Gedenktag am ersten Freitag im September nicht zustande gekommen wäre, sagte beim DGPPN Kongress 2010 über die „vergessenen Opfer“:

„Der Rassenwahn des Nationalsozialismus nahm seinen Anfang mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933. Es folgte eine Reihe weiterer Gesetze und Erlasse bevor schließlich die Tötungsmaschinerie für die als lebensunwert deklarierten kranken und behinderten Menschen in Gang gesetzt wurde. An ihnen wurden die Mordmethoden erprobt, die später auch in den Konzentrationslagern bei Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen und politischen Gegnern eingesetzt wurden. Während alle anderen Opfergruppen als Verfolgte des Naziregimes anerkannt und entsprechend entschädigt wurden, ist den Zwangssterilisierten und ermordeten Patienten und deren Hinterbliebenen dies bisher versagt geblieben. Der Deutsche Bundestag hat zwar im Mai 2007 das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses geächtet und die Zwangssterilisierten bekommen seit den 80er Jahren auch eine kleine Rente. Eine Opfergleichstellung aus der auch eine vergleichbare Entschädigung und ein würdiger nationaler Gedenkort folgen würde, ist aber bisher noch nicht realisiert.“

Im aktuellen Koalitionsvertrag von 2021 ist formuliert: „Wir wollen die Opfer der ‚Euthanasiemorde‘ und Zwangssterilisation offiziell als Opfer des Nationalsozialismus anerkennen.“

In Zusammenarbeit mit Betroffenen und ihren Angehörigen/Zugehörigen wird die Ruth-Fricke-Stiftung stellvertretend am 6. September eine Petition zur Opferanerkennung und Opferentschädigung durch den deutschen Bundestag einreichen.

Basierend auf Respekt, Würde und Anerkennung sollen den getöteten und zwangssterilisierten Menschen wieder Namen und Gesichter gegeben werden. Gegen das Vergessen.

Betroffene, Angehörige/Zugehörige und interessierte Teilnehmende diskutieren mit geladenen Politiker:innen über die Petition und über die Frage, wieso die Gleichstellung der Opfer und eine Entschädigung so lange nicht erfolgt sind und wie die Erinnerung an die grausamen Verbrechen in Zukunft gestaltet werden soll.

PROGRAMM

ab 13.30 Uhr **Ankommen und Imbiss**

14.00 - 14.10 Uhr
Grußwort // Dr. Andrea Riedle (Stiftung Topographie)

14.10 – 14.20 Uhr
Begrüßung und Vorstellen der Petition zur politischen Opferanerkennung der ermordeten Menschen in der Psychiatrie mit Beginn der „T4-Aktion“ von Hitler

14.20 – 15.30 Uhr
Gespräch über die Petition im Fishbowl
mit Politiker:innen, Betroffenen, Angehörigen/Zugehörigen, Expert:innen aus Ausbildung und/ oder Studium und interessierten Teilnehmenden

Dr. Kirsten Kappert-Gonther, MdB (Amtierende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses)
Vertreter:innen der anderen demokratischen Fraktionen sind angefragt

15.30-16.00 Uhr
Kaffeepause

16.00 Uhr
Gang in Stille zum „Gedenkort für die Opfer der NS-„Euthanasie“-Morde

Verlesen von Namen ermordeter Patient:innen -
Abschlussworte an der Gedenktafel von Betroffenen

ANMELDUNG

https://bit.ly/GegendasVergessen

Anmeldefrist: 22. August 2024

BEI FRAGEN

E-Mail: **dachverband@psychiatrie.de**

DIE VERBÄNDE DES KONTAKTGESPRÄCHS PSYCHIATRIE

Bundesverband Angehöriger Psychisch Kranker (BApK)
Bundesverband Psychiatrie-Erfahrene (BPE)
Bundesverband evangelische Behindertenhilfe (BeB)
Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Dachverband Gemeindepsychiatrie
Aktion Psychisch Kranke (APK)
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (AWO)
Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbünde (BAG GPV)
Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP)
Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie,
Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN)
Fachbeirat Psychiatrie im CBP
Bundesweites Netzwerk Sozialpsychiatrische Dienste
Deutsches Rotes Kreuz
Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie
Diakonie Deutschland
Bundesnetzwerk Selbsthilfe seelische Gesundheit (NetzG)

Mit Unterstützung der Stiftung Topographie des Terrors und der Stiftung für Soziale Psychiatrie

Stiftung für Soziale Psychiatrie

Die Veranstaltung wird in Kooperation mit dem **Gedenkort e.V.** durchgeführt.
Die Gedenkveranstaltung des Gedenkort e.V. mit Kranzniederlegung wird am
2. September um 14.00 Uhr in der Philharmonie,
Herbert-von-Karajan-Straße 1, 10785 Berlin stattfinden.

Informationen unter: www.gedenkort-t4.eu/de